

DAS ROTE Linden Blatt



Nr. 16/Juni 86

SPD

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ortsverein Linden/Limmer

Tschernobyl - Die Warnung

Es ist die Katastrophe eingetreten, von der die Atom-Technokraten in Ost und West immer wieder behauptet haben, daß sie nie passieren könne:

In einem Atomreaktor nahe der ukrainischen Stadt Tschernobyl, nur ca. 1300 km von uns entfernt, war das Kühlsystem, das die atomare Glut im Reaktorkern im Zaume halten soll, ausgefallen. Der Kern war geschmolzen, das Reaktorgebäude war zerstört worden, und hochradioaktiv verseuchte Stoffe wurden in Atmosphäre geschleudert. Der Wind trug die Radioaktivität zu uns und um den ganzen Erdball. Unsere Luft, der Regen, der Boden, die Pflanzen und Tiere und das Wasser waren und sind teilweise mit dem Vieltausendfachen der natürlichen Radioaktivität belastet.

Das Unglück in der UdSSR hat deshalb auch bei uns seine Wirkung. Die BRD wird "von der Atomangst geschüttelt" (SPIEGEL). Die Bevölkerung ist verunsichert; Angst, Ratlosigkeit, Verwirrung, Bedrückung, ja Aggression haben sich breitgemacht angesichts einer tödlichen Gefahr, die man nicht sehen, riechen, fühlen oder schmecken kann.

Die Strahlenfurcht sitzt tief, besonders, was den Verzehr von Lebensmitteln betrifft.

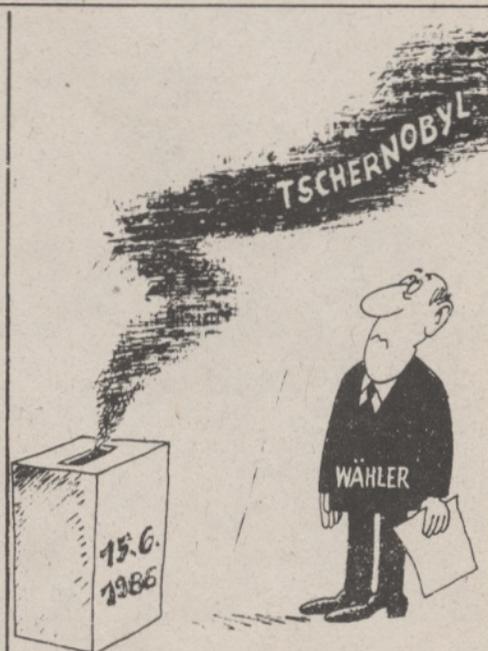
Aber auch die Lebensführung der Menschen änderte sich: Sandkästen, Spielplätze und Sportanlagen wurden gemieden; Schwangere und Eltern mit Babys, Kleinkindern und Kindern wagten sich kaum auf die Straße.

Mit zur Verunsicherung der Bevölkerung trug auch ein Krisenmanagement bei, das diesen Namen nicht verdient. Nichts war vorbereitet. Bundes- und Landesregierungen machten sich widersprechende Aussagen über die möglichen Folgen des Reaktorunglücks, welche Verhaltensregeln die Bürger befolgen sollten, und welche Grenzwerte für verseuchte Pflanzen und Tiere gelten sollten. Die Bundesregierung tat sich besonders hervor, indem sie die Situation auf skandalöse Weise verniedlichte und herabspielte und ansonsten durch Tatenlosigkeit glänzte. Allen voran fielen dabei Bundesinnenminister Zimmermann und Ministerin Süßmuth auf - letztere dürfte damit das Ansehen, das sie auch in der Sozialdemokratie und bei den GRÜNEN hatte, verspielt haben.

Bei uns in Niedersachsen war die Situation kaum besser:

Offensichtlich waren keine Maßwagen vorhanden, um die Belastung von Lebensmitteln überall messen zu können. Zwischen dem Land und der Stadt Hannover gab es keine Zusammenarbeit bei der Messung von Radioaktivität, und die Hannoverische Feuerwehr war nicht einmal in der Lage, richtig mit ihren Meßgeräten umzugehen - sie "maß" nur ein Viertel der tatsächlichen Belastung.

Das Vertrauen der Bürger in den Staat hat irreparablen Schaden genommen. Niemand nimmt den Behörden, den Experten und den Politikern noch ab, daß ein GAU in der



BRD unmöglich ist und daß sie ihn wirklich bewältigen können. Der Verdacht geht um, daß die Bevölkerung bewußt unvollständig und falsch über die Belastung, die möglichen Folgen und die nötigen Verhaltensmaßnahmen informiert wurde.

Niemand kann uns mit Sicherheit sagen, welche Folgen Tschernobyl für unsere Gesundheit und die unserer Kinder haben wird. Eine "ungefährliche" Strahlung gibt es nicht, auch wenn die Atomlobby das Gegenteil behauptet. Jede noch so kleine Belastung über dem natürlichen Maß hat ihre Folgen. Zwar ist es wahr, daß die Hälfte der Belastung in ca. 80 Tagen abgeklungen sein wird. Zwar ist es ebenso wahr, daß die Belastung durch Jod-131, Cäsium-137, Plutonium, Strontium, Zirkonium, Niobium, Neptunium-239 usw. zu gering ist, um uns akut zu gefährden (Strahlenkrankheit). Allerdings liegt die Betonung auf dem Zauberswörtchen akut.

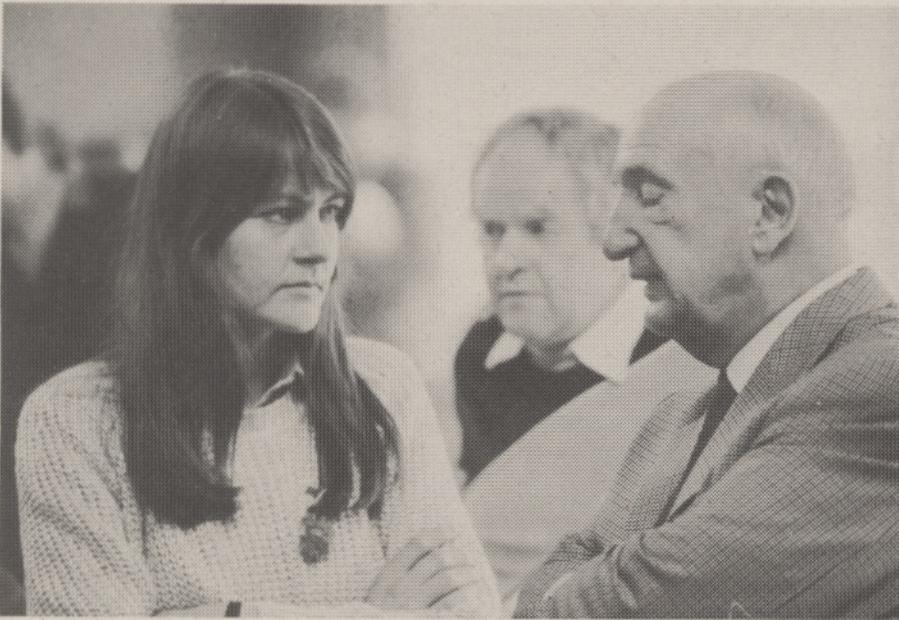
Fortsetzung S. 8

Bundestagswahlkreis 37:

Edelgard Bulmahn ist Nachfolgerin von Helmut Rohde

Mit großer Mehrheit wählte die Bundestagswahlkreiskonferenz der SPD am 19.4.86 unsere Ortsvereinskandidatin, die 35jährige Lehrerin Edelgard Bulmahn, zur neuen Bundestagskandidatin im hannoverschen Wahlkreis 37. Helmut Rohde, der 30 Jahre lang für unsere Partei diesen Wahlkreis in Bonn vertreten hat, wollte nicht erneut kandidieren.

Auf Edelgard, SPD-Mitglied seit 1969 und seit 1981 im Bezirksrat Linden-Limmer entfielen 60 der 81 Delegiertenstimmen. Evi Fasching (OV Südstadt/West) erhielt 18 und Wolfgang Wüstrich (OV Ricklingen) zwei Stimmen. Reinhard Mechow (OV Davenstedt) hatte seine Bewerbung unmittelbar vor der Abstimmung zugunsten von Edelgard zurückgezogen. ◆



IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

SPD-Ortsverein Linden-Limmer

MITARBEITER DIESER AUSGABE:

Michael Auditor, Ernst Barkhoff (presserechtlich verantwortlich), Hartmut Bode, Ulrich Both, Ingeborg Herrmann, Werner Holtfort, Herbert Marienhagen, Rolf Mueller, Monika und Joachim Rademann, Johanna Richter, Inge Walter, Karsten Weide, Jörg Windmann.

DRUCK:

SPD-Bezirk Hannover
Odeonstraße 15/16, 3000 Hannover

ANSCHRIFT DER REDAKTION:

Ernst Barkhoff
Otto-Wels-Str.12, 3000 Hannover 91
Telefon 210 86 72

ORTSVEREINSZEITUNG
erscheint vierteljährlich

Juso-AG

mit neuem Vorstand

Die Juso-AG Linden-Limmer hat am 9.4.86 einen neuen Vorstand gewählt, dem folgende Jungsozialisten/innen angehören:

Karl-Heinz Beiersdorff
Wittekindstraße 39
Telefon 45 34 29

Ines Kodrun
Lipmannstraße 35
Telefon 210 93 56

Gerd Mensching
Wittekindstraße 31
Telefon 45 62 49



Neuer Ortsvereinsvorstand gewählt

Am 10. Mai wurde die am 12. März unterbrochene Mitgliederversammlung des Ortsvereins Linden-Limmer fortgesetzt. Einziger Punkt dieser Sitzung war die Neuwahl des Ortsvereinsvorstandes. Nach einigen Irritationen über das Ausmaß der Beteiligung von Abteilungen und Personen am künftigen Vorstand war am 12. März die Wahl des Ortsvereinsvorstandes verschoben worden. Nach intensiven Einigungsgesprächen, an denen die Basisgliederungen teilnahmen, einigte man/srau sich schließlich auf das von der Juso AG vorgeschlagene Personalkonzept, da der- inzwischen zurückgetretene Vorstand der Mitgliederversammlung zur Wahl vorschlug. Die Einigung auf den Vorschlag wurde möglich, nachdem für die beiden besonders umstrittenen Posten der stellvertretenden Vorsitzenden zwei Jungsozialisten vorgeschlagen wurden. Diese Lösung wird von Vertretern der politischen Linie des dreigeteilten Linden zum Anlaß genommen, der Juso AG vorzuwerfen, sie sei umgefallen bzw. in eine Achse Juso AG, 23., 27. Abteilung eingeschwenkt. Diesem hintergründigen Brodeln zum Trotz verlief die Wahl des Vorstandes jedoch in ungewohnter Ruhe.

Klaus Huneke wurde mit 78 Stimmen der 91 anwesenden Genossinnen und Genossen zum Vorsitzenden gewählt. Stellvertreter wurden Arno Brandt und Hartmut Bode - beide Juso AG -, Hauptkassierer Horst Ebert (20. Abt.). Zu Beisitzern wurden gewählt: Rudi Hoffmann, Rudi Schröter (20. Abt.), Anke Zuber (21. Abt.), Uwe Bitter (22. Abt.), Ernst Barkhoff, Peter Kopanske (23. Abt.), Gerd Fricke, Ingeborg Herrmann (27. Abt.), Karl-Jochen Riehm, Karsten Weide, Jörg Windmann (Juso AG).

Die vor der Mitgliederversammlung stattfindende Wahlbereichsversammlung der 22., 23., 27. Abteilung ging ebenfalls in kürzester Zeit über die Bühne. Edelgard Bulmahn, die als Kandidatin für den Bundestagswahlkreis 37 nominiert ist, war von ihrer Kandidatur zum Stadtrat (2. Listenplatz) zurückgetreten. Aus der Versammlung wurde Hiltrud Grote als Nachfolgerin vorgeschlagen.

Mit 40 von 54 abgegebenen Stimmen wurde sie der Wahlkreisdelegiertenkonferenz, die am 4. Juni stattfindet, zur endgültigen Bestätigung für den 2. Listenplatz nominiert. ◆

Ernst Albrecht bombt in Celle

Der Verfassungsbruch

von Werner Holtfort

In der Nacht vom 31. August auf den 1. September 1939 ließ ein deutscher Regierungschef durch getarnte Verbrecher ein öffentliches Gebäude des Landes, den Reichsrundfunksender Gleiwitz, demolieren, um die Tat anderen in die Schuhe zu schieben. Er bildete sich ein, dadurch seinen Überfall auf Polen rechtfertigen zu können. In Wirklichkeit zerstörte er den etwa noch vorhandenen Rest jedes Vertrauens in die Redlichkeit von Handlungen der Reichsregierung. Damals lebten wir in einem "Führerstaat", in dem der Wille des "Führers" unverbrüchliches Gesetz war.

In der Nacht vom 24. auf den 25. Juli 1978 ließ Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht durch als Terroristen getarnte Sicherheitsbeamte ein öffentliches Gebäude des Landes, die Mauer des Cellen Gefängnisses, demolieren, um die Tat anderen in die Schuhe zu schieben. Er bildete sich ein, dadurch zum Eindämmen der anarchistisch motivierten Gewaltkriminalität beizutragen. An die Stelle des "Führerstaates" ist inzwischen zu unserem Glück der Rechtsstaat getreten, in dem nicht der Wille des Staatsoberhauptes, sondern die Bindung an Recht und Verfassung oberstes Gesetz ist. Albrecht hatte darauf den Ministereid nach Art. 22 der Landesverfassung geleistet: "Ich schwöre, daß ich . . . das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Niedersächsische Verfassung sowie die Gesetze wahren und verteidigen . . . werde . . . so wahr mir Gott helfe."

In seiner dilettantischen Annahme, nur durch Bruch der Gesetze (und damit seines Eides) Spitzel in die terroristische "Rote-Armee-Fraktion (RAF)" einschleusen zu können, verbündete der Herr Ministerpräsident, der "absolute Herrscher im Leineschloß" (NP), sich mit zwei Schwerkriminellen. Inhalt dieses Bündnisses war: Die beiden unter anderem wegen Tötungsdelikten zu längerer Freiheitsstrafe Verurteilten sollten sich als die Täter des Sprengstoffdelikts an der Mauer der Justizvollzugsanstalt ausgeben, sich so in das Vertrauen des wegen

Raubes verurteilten Gefangenen Debus einnisten, der sie wiederum in die RAF einschleusen sollte. Ernst Albrecht war offenbar unbekannt, was die Kripo-Fachleute damals wußten: Die RAF weigerte sich nach gewissen Erfahrungen grundsätzlich, mit Kriminellen zusammen zu arbeiten; auch Debus hat sich erfolglos bemüht, Mitglied der RAF zu werden.

Dennoch hoffte Amateur-Ermittler Albrecht das zu erreichen, was den professionellen Kriminalisten der Republik mißlang, nämlich einen Kriminellen als seinen vertrauten Mitwisser und Informanten in den Kern des Terrorismus zu bringen.

Es ist wohl bezeichnend, daß das sonderbare Vorhaben vor den Staatsanwaltschaften und dem Bundes- und dem Landeskriminalamt ängstlich geheimgehalten wurde. Man vertraute die Durchführung vielmehr einer Behörde an, die mit Kriminalitätsbekämpfung überhaupt nichts zu tun hat: Dem Landesamt für Verfassungsschutz.

Auf der FDP-Parteischiene zwischen Landesinnenminister Rötger Groß und Bundesinnenminister Werner Maihofer wurde - ebenfalls gesetzeswidrig im Wege verbotener "Amtshilfe" - ein Sprengmeister des Bundesgrenzschutzes beigeordnet.

Während der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung dem Landtag weiszumachen versuchte, dies alles habe sich im Rahmen des geltenden Rechts zugetragen, mußte sein Justizminister in der Sitzung der zuständigen Landtagsausschüsse am 7. Mai Rechtsbrüche einräumen, mindestens Vortäuschung einer Straftat, falsche Verdächtigung und Strafverfolgung Unschuldiger.

Der Ministerpräsident tischt in seiner Regierungserklärung dem Landtag Unwahrheiten auf: Er sprach von "einem V-Mann" - in Wahrheit waren es mindestens zwei; "der Bundeskanzler (Helmut Schmidt) wurde unterrichtet" - in Wahrheit die sogenannte "Kleine Lage" im Bundesministerium des Innern, bestehend aus einem Gremium von Geheimdienstlern; der Generalbundesanwalt sei "umfassend" informiert worden - in Wahrheit wurde einer der Beamten des Generalbundesanwalts erst am 9. September 1980, als es gar nicht mehr anders ging, unterrichtet. Der Anschlag hätte "erhebliche Erfolge bei der Bekämpfung des Terrorismus" ermöglicht, Verhinderung eines Ausbruchs aus dem Gefängnis, einer Mordtat, eines weiteren Sprengstoffanschlages, "es gelang (einen V-Mann) nach Frankreich zu bringen, wo er wertvolle Hinweise auf Angehörige einer baskischen Untergrundorganisation, der ETA, geben konnte, die sich in Paris aufhielten". Fast nichts davon ist wahr, ausgenommen allein ein privater Urlaub eines V-Mannes in Paris, wo er einen deutschen Bekannten traf, der angeblich etwas über die ETA wußte, und das Entdecken einer "konspirativen" Wohnung in Hamburg, die möglicherweise der kriminelle V-Mann selbst entsprechend hergerichtet hatte.

Mit dem Sprengstoffanschlag auf die Cellen Mauer hat das allerdings nichts zu tun gehabt, durch ihn ist nicht ein einziger terroristischer Anschlag verhindert oder

weiter S. 4



Möcklinghoff: Wie ich 1978 die Terroristenszene beobachtete

Fortsetzung von S. 3

aufgedeckt worden! Das wird nun scheinbar zugegeben, verbunden mit der Bemerkung des Innenministers, man dürfe eine solche Aktion nicht an ihren Erfolgen messen, sondern nur an der zugrunde liegenden "guten" Absicht!

Die Verfassungsschutzbehörde dürfe sich - so Innenminister Möcklinghoff-derartiger Berufsverbrecher und ihrer Taten als "nachrichtendienstliches Mittel!" bedienen, soweit das im dienstrechtlichen Aufgabenkreis der Verfassungsschutzbeamten liege. Damit nun sagt sich der Staat von seinen eigenen Gesetzen los. Gewaltkriminalität (ob politisch motiviert oder nicht, ist den Opfern gleichgültig) gibt es leider stets in unserer Gesellschaft. Wenn das Landesamt für Verfassungsschutz sich anmaßt, solche Gewaltkriminalität unter Ausschaltung der Kriminalpolizei selbst zu bekämpfen, und zwar mit kriminellen Mitteln, so ist damit die Sperre, die den Verfassungsstaat vom "Führerstaat" trennt, nämlich die Bindung an Gesetz und Recht (Art. 20 Abs. 3 des Grundgesetzes) beseitigt. Schon vor anderthalb Jahrtausend hatte der größte der katholischen Kirchenväter, Augustinus, gewarnt, ein Staat, der sich von den eigenen Gesetzen löse, sei nichts als eine "Räuberbande".

Wer fühlte sich jetzt nicht an Albrechts berüchtigte Folterthese erinnert, zur Aufklärung eines verbrecherischen Planes, Massenvernichtungsmittel einzusetzen, könne es "sittlich geboten sein", Informationen "auch durch Folter zu erzwingen, sofern dies wirklich die einzige Möglichkeit wäre, ein namenloses Verbrechen zu verhindern"?

Die Folter als "nachrichtendienstliches Mittel"! Unser Grundgesetz nur für Schönwetter-Lagen geeignet, bei "Notstand" aber über Bord zu werfen! Macht in den Händen eines überdurchschnittlichen Mannes "von hohem sittlichen Niveau vermag unendlichen Segen zu stiften", in diesem Fall vermag eine "Alleinherrschaft" eine "bessere Ordnung zu errichten als die Volksherrschaft" (so Ernst Albrecht 1976).

Allbrecht liebt das Volk nicht, sondern verachtet es. Er ist kein Demokrat, sondern ein Autokrat. Was kann man einem noch zutrauen, der fähig ist, einen Sprengstoffanschlag anzuordnen, um ihn anderen in die Schuhe zu schieben? Ein solcher Ministerpräsident muß weg! ◆



Werner Holtfort
SPD-Landtagskandidat in Linden

Rechtsanwalt und stellvertretender Vorsitzender des Landtagsausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, 1920 in Hannover geboren, 1972 als Rechtspolitiker mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet, hält es mit dem



Mitglieder unseres Lindener SPD-Ortsvereins im Demonstrationzug des Deutschen Gewerkschaftsbundes am 1. Mai 1986 (Fröbelstraße).

Wort Friedrich des Großen:
"Die Gesetze sind zum Schutz der Schwachen da."
Dafür trat und tritt er im Landtag ein:

- Grundrechte verteidigen!
- Soziale Gerechtigkeit mehr!
Soziale Übermacht beschränken!
- Natur schützen!
- Frieden erhalten,
im Innern wie nach Außen!

Was seine Verteidigung in politischen Prozessen bewirkt, überschrieb DER SPIEGEL (in seinem Bericht vom 20.7.81):
"Zittern vor der Macht des Wortes".

Werner Holtfort:
"Laßt uns Arbeitsplätze, ob bei Hanomag, Telefunken, im Mittelstand, wo auch immer, durch gezielte Maßnahmen sichern, die nicht zum Wegrationalisieren dienen können! Helfen wir durch unsere Stimme, Hunderttausende neuer Arbeitsplätze zu erschließen, welche die Umwelt auch unseren Kindern und Enkelkindern erhalten, wie zum Beispiel Arbeitsplätze zum Schutz der Gewässer, zur Verbesserung der Wohnumwelt, zum Einsparen von Energie, zur Wiederverwertung der Abfälle. Wirtschaften darf nie Zerstören bedeuten!

Die Erfahrung der Atomkatastrophe von Tschernobyl müssen wir ernst nehmen. Die SPD will deshalb einen realistischen Ausstieg aus der Kernenergie und alternative Energieerzeugung fördern. Die Zukunft kann man niemals durch Zerstören der Umwelt meistern.

Gerechte Politik muß Staat und Gesellschaft so gestalten, daß auch noch künftige Generationen sie lebenswert finden." ◆



43 Jahre alt, verheiratet, 2 Söhne
In der Rehre 29, 3000 Hannover 91
Telefon: 46 19 75

Landtagsabgeordneter seit 1978,
stellv. Vorsitzender des Landtags-
ausschusses für Bau- und Woh-
nungswesen.

Niedersachsen braucht wieder eine
sozialdemokratische Landesregierung,
damit nach zehnjähriger Mißwirt-
schaft der Albrecht-Politik

- die Arbeitslosigkeit wirksamer bekämpft,
- soziale Ungleichheit und Unge-
rechtigkeit beseitigt sowie
- jungen Menschen wieder eine be-
rufliche Perspektive gegeben wird.

Aber auch dem Abbau demokrati-
scher Rechte - insbesondere der
Arbeitnehmer - muß Einhalt geboten werden.

Wir brauchen auch eine sozialdemo-
kratische Mehrheit im Bundesrat,
um der unsozialen Politik der Kohl-
Regierung Einhalt gebieten zu können.

Deshalb am 15. Juni zur Wahl gehen
oder Briefwahl machen und

SPD wählen!

Michael Auditor
SPD-Landtagskandidat in Limmer



★★★★★★★★

★
★
★
★

Wir helfen:

- ★ Linden-Süd
- ★ Briefwahl und Fahrdienst:
- ★ Rudi Schröter, Tel. 44 40 51
- ★ Haspelmathstr. 15
- ★ Linden-Mitte
- ★ Briefwahl:
- ★ Johanna Richter, Tel. 44 19 77
- ★ Klewergarten 5
- ★ Fahrdienst:
- ★ Anke Zuber, Tel. 44 26 83
- ★ Nieschlagstr. 5
- ★ Karin Huneke, Tel. 44 04 70
- ★ Lichtenbergplatz 8
- ★ Linden-Nord
- ★ Briefwahl:
- ★ Peter Kopanske, Tel. 210 67 96
- ★ Pfarrlandstr. 5
- ★ Fahrdienst:
- ★ Ernst Barkhoff, Tel. 210 86 72
- ★ Otto-Wels-Str. 12
- ★ Limmer
- ★ Briefwahl und Fahrdienst:
- ★ Paula Kohlrusch, Tel. 21 16 83
- ★ Weidestr. 7

★★★★★★★★★★★★★★★★



Neuregelungen bei der Briefwahl

Montag, der 16. Juni 1986, wird in
Niedersachsen schulfrei sein.
Zusammen mit dem darauffolgenden
arbeitsfreien 17. Juni (Dienstag)
ergibt sich für viele Mitbürger die
Chance auf ein verlängertes
Wochenende fern von Wohnort und
Wahlurne.

Wenn wir unser Ziel, die
Landtagswahl am 15. Juni zu
gewinnen, erreichen wollen, dann
brauchen wir eine hohe
Wahlbeteiligung. Die CDU
spekuliert darauf, daß viele
Arbeitnehmer das lange Wochenende
für einen Kurzurlaub nutzen und
von ihrem Wahlrecht keinen
Gebrauch machen.

Diese Rechnung müssen wir
durchkreuzen. Deshalb werben wir
massiv für die Möglichkeit der
Briefwahl.

Was ist zu beachten?

Nach der geänderten Fassung der
Landeswahlordnung können
Briefwahlunterlagen nicht mehr von
einem Bevollmächtigten des

Briefwählers abgeholt werden (auch
nicht mit schriftlicher Vollmacht).

Die Briefwahlunterlagen werden
dem Wähler nur noch gegen
Einsendung der
Wahlbenachrichtigungskarte zuge-
schickt, oder persönlich gegen
Vorlage der Karte ausgehändigt.

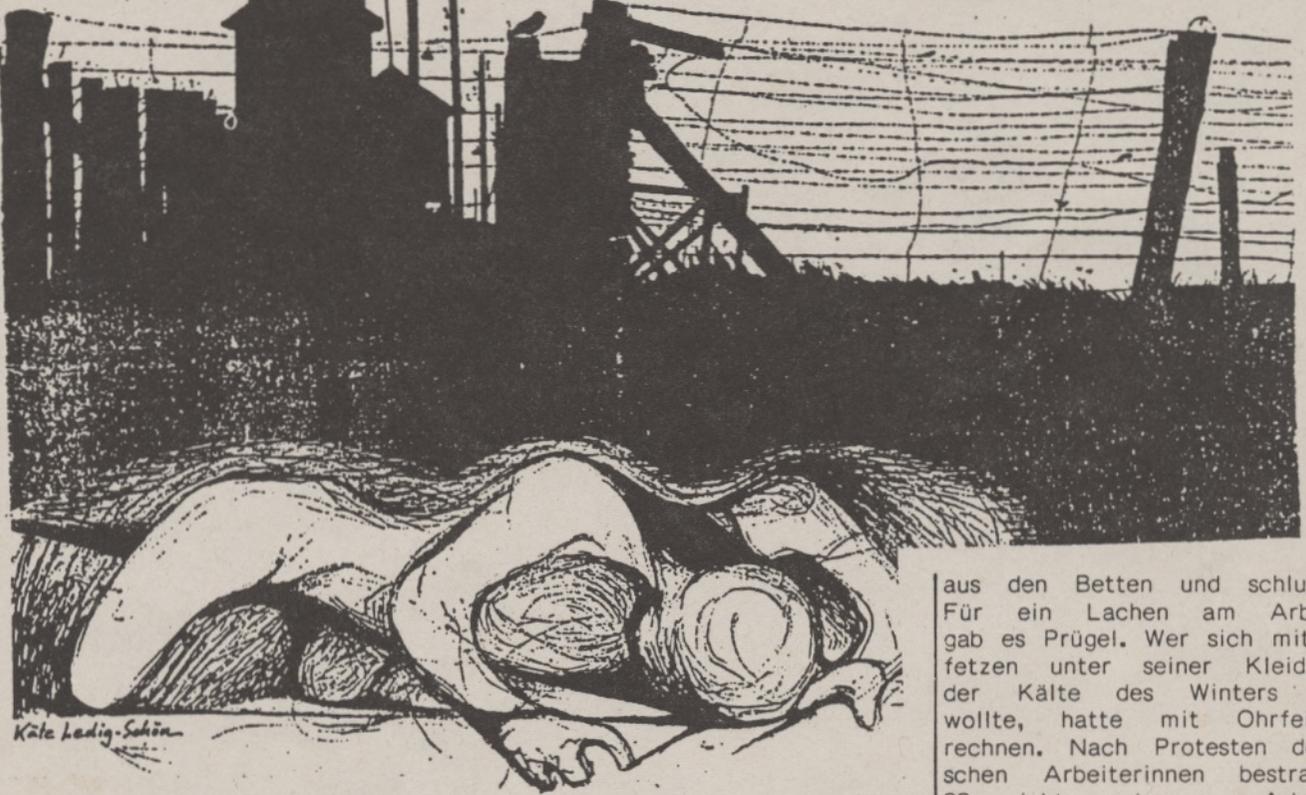
Dabei sind folgende Termine
einzuhalten:

Bis spätestens 13.6.86 um 18 Uhr
müssen die Briefwahlunterlagen
beim Wahlamt angefordert werden.

Diese Unterlagen sollen möglichst
sofort ausgefüllt werden und dem
Wahlamt zurückgeschickt werden.
Sie können aber auch bis zu:m
15.6., 18 Uhr persönlich dort
abgegeben werden.

Nur bei plötzlicher Erkrankung, 2
bis 3 Tage vor der Wahl, dürfen die
Briefwahlunterlagen gegen Vorlage
einer schriftlichen
Vollmachtserklärung von
Beauftragten beim Wahlamt
abgeholt werden.

Frauen im KZ Limmer



Käte Ledig-Schön

Am Stockhardweg in Limmer, dort wo sich heute neue Werksanlagen der Conti ausbreiten, befand sich von Juni 1944 bis zum Einmarsch amerikanischer Truppen im April 1945 ein Außenlager des KZ Neuen-gamme bei Hamburg. Das Lager Limmer, erst für etwa 270 Häftlinge vorgesehen, mußte gegen Kriegsende mehr als 1000 Frauen aufnehmen, vor allem Französinen, Polinnen und Russinnen. Es herrschte eine katastrophale Überbelegung, mindestens zwei Frauen mußten sich eine Bettstelle teilen.

Der Lagerkomplex war umgeben von elektrischem Stacheldraht, der außen zusätzlich von SS-Männern bewacht wurde. Im Inneren führten Aufseherinnen ihr willkürliches Regiment. Es gab zwei Ausgänge: Einer führte nach Westen in die Conti für die Frauen, die dort arbeiteten. Der andere Ausgang lag zum Dorf Limmer hin, wodurch ein anderer Teil der Häftlinge ab Dezember täglich zu seinen Arbeitsplätzen im Rüstungsbetrieb der Brinker Eisenwerke per Lastwagen transportiert wurde.

Die Verpflegung der zwölf Stunden

täglich hart arbeitenden Frauen war miserabel. Manche brachen vor Hunger bewußtlos zusammen. Anfangs bekamen sie einen Liter Wassersuppe "mit einigen Kartoffelstückchen", 1/4 Brot und 12,5 Gramm Marmelade pro Tag. Obwohl die Rationen später noch kleiner wurden, vergaßen die Hungernden trotz ihrer Not nicht die Schwächsten. "Unsere Solidarität wird für diejenigen am stärksten organisiert, die es physisch nötig haben", schrieb später J. Dedi-ches über ihre Häftlingszeit.

Mitunter bekamen die Häftlinge auch von deutschen Arbeiterinnen etwas zugesteckt. Obwohl jeder Kontakt zwischen Deutschen und Ausländern verboten war, scheint es gerade die mitfühlende Anteilnahme der deutschen Arbeiterinnen gewesen zu sein, die den KZ-Frauen über manche schwere Stunde hinweg half. So wurden ihnen auch Nachrichten über den Kriegsverlauf zugeflüstert oder Zeitungen zugeschmuggelt.

Die Häftlingsfrauen litten besonders unter Mißhandlungen. Die Bewacherinnen zerrten sie nachts grundlos

aus den Betten und schlugen sie. Für ein Lachen am Arbeitsplatz gab es Prügel. Wer sich mit Papierfetzen unter seiner Kleidung vor der Kälte des Winters schützen wollte, hatte mit Ohrfeigen zu rechnen. Nach Protesten der deutschen Arbeiterinnen bestrafte die SS nicht mehr am Arbeitsplatz. Das tat sie abends nach Rückkehr ins Lager.

Auch wurde versucht, mit einem Prämiensystem Zwietracht zu säen. Die Frauen lehnten jedoch ab, um die Schwachen in der Gruppe zu schützen. Trotz Schlägen, Fußtritten und stundenlangem Stehen im Freien scheiterte der Versuch der SS an der Solidarität und dem Mut der Frauen.

Am 6. April 1945 wurde den Frauen der Abmarsch nach Bergen-Belsen befohlen. Die Kranken jedoch ließ man einfach zurück. Am 10.4.1945 tauchten die ersten amerikanischen Soldaten in Limmer auf. Das Lager wurde befreit. Wie es den anderen Frauen auf ihrem Fußmarsch nach Bergen-Belsen erging und wieviele überlebt haben, ist nicht bekannt.

Gedenktafel soll an
Frauen-KZ-Limmer erinnern

Auf Antrag der SPD-Fraktion im Bezirksrat Linden-Limmer soll nun ein Mahnmahl an das ehemalige

Fortsetzung S. 7

Fortsetzung von S.6

Frauen-KZ Limmer...

Frauen-KZ in Limmer erinnern. An der Einmündung Sackmannstraße/ Stockhardweg soll eine Gedenktafel mit folgendem Text angebracht werden:

"An dieser Stelle befand sich von Juni 1944 bis April 1945 das KZ Limmer, ein Außenlager des Konzentrationslagers Neuengamme. Viele hundert Frauen, vor allem französischer, sowjetischer und polnischer Nationalität, wurden hier unter unmenschlichen Verhältnissen in Baracken gefangengehalten und zur Kriegsproduktion im benachbarten Continental Gummiwerk und in den Brinker Eisenwerken in Langenhagen gezwungen. Hervorzuheben sind die Solidarität der Frauen untereinander die Anteilnahme der deutschen Arbeiterinnen und der mutige Widerstand gegen unerträgliche Prämien- und Arbeitsbedingungen.

Kurz vor Kriegsende wurden die Frauen zusammen mit Häftlingen aus den anderen hannoverschen Konzentrationslagern nach Bergen-Belsen getrieben. Das Schicksal der meisten blieb ungeklärt."

Der Text wurde in Zusammenarbeit mit einer Limmerschen Bürgerinitiative formuliert, die über die geplante Gedenktafel hinaus versucht, über die damaligen Geschehnisse in unserem Stadtteil aufzuklären und weitere Informationen zu sammeln. Wer sich noch an damalige Einzelheiten erinnern und der Gruppe Informationen zukommen lassen kann, sollte sich an folgende Adresse wenden:

Ka Rempel, Große Str.7 b
Telefon 210 30 61



- |||| - Splitterschutzgraben
- - Baracken des KZ
- ▨ - Fundamente zerstörter Baracken
- - Wohngebäude
- ▨ - Industriegebiet
- - Wohngebiet

Bücher zur Landtagswahl



"VOR DER TÜR GEKEHRT"
- Neue Geschichten aus Niedersachsen -
(v. Büttner/Butenschön/Spoos/Holtfort u.a., erschienen im Steidl Verlag)

Eine geballte Ladung handfester ironisch-ernstgemeiner Geschichten zum Thema "10 Jahre Albrecht und hoffentlich ein Ende".

Seine Politik hat Spuren hinterlassen:

Z.B. durch das Kraftwerk **Buschhaus** mit 41-mal soviel Schwefeldioxid wie die neuen Gesetze zur Reinhaltung der Luft erlauben. Oder in **Gorleben**, wo selbst die Einlagerung von schwach- und mittelradioaktivem Müll inzwischen vom Gewerbeaufsichtsamt untersagt wurde. Möglicherweise wird den braven Bürgern von Gartow, welche die Endlagerung in den Salzstöcken treuherzig genehmigt haben, inzwischen mulmig zumute werden, angesichts der neuen Gutachten und des Atomunglücks in Tschernobyl.

Oder wie in der Sondermüllanlage in **Münchehagen**, wo inzwischen eine Dioxinkonzentration ermittelt wurde, wie sie in Europa bisher einmalig war. Wie dieses Teufelszeug zu beseitigen ist, bleibt unklar.

Doch es gibt auch eher tragikomische Geschichten, wie die der Wirtschaftsministerin **Birgit Breuel**, die Staatsferne und Subventionszurückhaltung predigt, aber das Gegenteil tut und mit staatlichen Mitteln private Gewinne garantiert.

Gänzlich grotesk werden Geschichten von Feiertagsjägern des Kabinetts **Albrecht**, denen es Spaß macht, außerhalb der Gesetze zahme Fasane waidgerecht zu erlegen.

Doch genug von diesen Geschichten - oder nicht?

Arno Brandt / Wolfgang Jüttner / Uwe Kremer

Wende gegen Bonn

Konservative Krisenpolitik und Alternativen in Niedersachsen

Die Bilanz der Albrecht-Regierung nach einem Jahrzehnt politischer Verantwortung für die Entwicklung des Landes Niedersachsen ist ernüchternd. Der jüngst von der niedersächsischen CDU plakatierte Slogan "Aufsteigerland Niedersachsen" stellt die realen Verhältnisse auf den Kopf. Auf keinem anderen Gebiet als gerade der Wirtschaftspolitik ist das Versagen zehnjähriger CDU-Herrschaft offenkundiger. Die Arbeitslosigkeit liegt heute weit über dem Bundesdurchschnitt. Konkurse, Abteilungsverlagerungen in andere Bundesländer und Massenentlassungen stehen auf der Tagesordnung. In einigen Arbeitsamtsbezirken bewegt sich die Arbeitslosenquote um die 25%-Marke. Für viele Jugendliche ergibt sich in diesen Landstrichen keinerlei berufliche Zukunft mehr.

Die in diesem materialreichen Band zusammengetragenen Daten und Fakten sprechen eine deutliche Sprache. Erstaunlich ist nur, daß es der CDU überhaupt noch gelingt, mit ihren Schönfärbereien und Glücksverheißungen Wählerstimmen einzufangen.

Das Buch bleibt jedoch nicht bei der Kritik einer verfehlten Politik stehen, sondern stellt auch arbeitnehmerorientierte Gegenkonzepte vor. Dabei kommen Autoren aus ganz unterschiedlichen Bereichen zu Wort: Gewerkschafter, Journalisten, Wissenschaftler, Sozialdemokraten, Grüne und Parteilose. Insgesamt ein wichtiger Beitrag zur wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung und Standortbestimmung und zwar nicht im abstrakten Niemandsland, sondern bezogen auf die konkreten Strukturprobleme Niedersachsens.

(VSA-Verlag, 14,-DM)

Wer sich über "Porno jagden" in der Stadtbibliothek von Burgdorf, Kommunistenhutz im Lande, Filz im Funkhaus oder braunen Chroniken aus Moringen informieren will, der liegt hier richtig.

Es ist ein Buch über deprimierende Zustände in Niedersachsen. Es ist aber auch ein Buch der Hoffnung, weil es zeigt, wie sich betroffene Bürger zu wehren beginnen.

Fortsetzung von S. 1

Tschernobyl ...

Welche Spätfolgen die akute Strahlenbelastung haben wird, ist zur Zeit noch nicht abzusehen. Zudem werden wir durch die natürlichen Kreisläufe und die Nahrungskette immer wieder mit Radioaktivität in Berührung kommen. Für die nächsten 10 Jahre wird mit einer um 50 % höheren Radioaktivität gerechnet. Das muß nicht, kann aber für den Einzelnen durchaus Folgen haben. Greenpeace rechnet für die BRD mit 7000 zusätzlichen Fällen von Schilddrüsenkrebs in den nächsten 30 Jahren. Ob auch andere Krebse oder Erbschäden vermehrt auftreten werden, ist noch ungewiß.

Eines aber ist gewiß:

Die längst totgeglaubte Diskussion über die Gefahren und den Nutzen der Atomenergie wird erneut geführt werden müssen. Mittlerweile sind in der BRD 35 Atomkraftwerke (AKW) in Betrieb, in Bau oder in der Planung. Der Anteil des Atomstroms an der gesamten Stromproduktion in der BRD beträgt ungefähr 30 %.

Der Weg der Atomenergie war Anfang der 60er Jahre mit der Begründung beschritten worden, daß bald eine Energielücke drohen würde, die eine deutliche Einschränkung unseres Lebensstandards und eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums bewirken würde.

Nun, einmal abgesehen davon, daß unser Planet bald an unserem Lebensstandard und an unserem Wachstum erstickt, abgesehen auch davon, daß eine etwaige Energielücke auch durch alternative Technologien hätte gefüllt werden können - diese Prognose lag tüchtig daneben: "Noch nie hatten wir eine so gewaltige Überkapazität an Kraftwerken. Sie ist größer als der Anteil der Atomenergie am Stromver-

brauch". (Erhard Eppler in der ZEIT).

Ein weiteres Argument der Atomgesellschaften war es, daß Atomenergie weit preisgünstiger als andere Energie sei. Auch das ist falsch: Rechnet man alle Nebenkosten von der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) über die Endlagerung bis hin zum permanenten Aufgebot von Sicherheitskräften ein, ist der Atomstrom teurer als z.B. Kohlestrom. Aber selbst falls Atomstrom billiger wäre - die 2-3 Pfennige pro kW/h, die zur Diskussion stehen, wögen die zusätzlichen Gefahren niemals auf (Eppler).

Außerdem hat sich gezeigt, daß die AKWs bei weitem nicht so umweltfreundlich sind, wie die Atomindustrie uns weismachen wollte. Ebenso problematisch verhält es sich mit der Sicherheit der Endlagerung und der Wiederaufbereitung von Atom- und dem Abriß von verstrahlten Atomruinen (bisher drei stillgelegte AKWs).

... Aus noch nicht
abgeklärten Gründen,
kam es heute bei einem
französischen Kernkraftwerk,
in der Nähe von Basel,
zu einer kleinen Panne.



Die interessantesten Fragen bleiben jedoch:

Wie steht es mit der Sicherheit unserer AKWs? Kann so etwas auch bei uns passieren?

Die Atomindustrie und die bürgerlichen Parteien sagen, daß unsere AKWs sicherer seien als die sowjetischen. Das stimmt zwar, nur muß man dazu wissen, daß sie nur deshalb sicherer sind, weil die Anti-Atomkraft-Bewegung höhere Sicherheitsstandards gegen den erbitterten Widerstand der Atom-Lobby erzwungen hat. Jahrelang hatte diese die bundesdeutschen Sicherheitsvorschriften als völlig übertrieben bezeichnet. Heute verkauft die Atom-Lobby diese Sicherheit als ihr ureigenstes Verdienst. Weiter belehren uns die Technokraten, daß ein ähnlicher Unfall bei uns nur einmal in 10.000 Jahren passieren könne.

Abgesehen davon, daß diese Zahl schlicht unseriös ist und andere Studien von einem GAU in ca. 600 Jahren ausgehen - Diese Zahlen sagen obendrein nur:

In einem Zeitraum kommt eine Katastrophe vor, sie sagen nicht: Nach 600 Jahren kommt ein GAU vor. Harrisburg, Windscale und Tschernobyl beweisen: die Katastrophe ist möglich, sie ist bei uns möglich. Die Atomenergie läßt sich nicht beherrschen. Niemand kann ein Versagen ausschließen.

Was bedeutet das? Ein Beispiel: Falls das AKW Grafenrheinfeld außer Kontrolle gerät, würden innerhalb von vier Stunden bis zu 46.000 Schweinfurter getötet. Eine rechtzeitige Evakuierung oder ein Schutz der Menschen wäre nicht möglich (SPIEGEL).

So tragisch das Unglück von Tschernobyl auch ist: Der Zufall hat uns mit einem blauen Auge davonkommen lassen. Wir haben die vielleicht letzte Chance, die Fehler der Vergangenheit zu korrigieren. Dies wird uns aber nur gelingen, wenn sich breiteste Bevölkerungsschichten im politischen Kampf gegen die Atomkraft engagieren. Die Zeichen dafür stehen gut: Die Atomenergie-Debatte ist wieder voll entbrannt.

Es kam auch bereits zu ersten Demonstrationen gegen die Atomkraft. 25.000 Menschen demonstrierten in München und Augsburg gegen die Atomindustrie, 16.000 in Hamburg, 6.000 bei der Endlager-Baustelle in Gorleben und 5.000 hier bei uns in Hannover.

Die Reaktionen der CDU-Politiker dagegen sind bezeichnend:

Ausstieg aus der Atomenergie - warum denn, ist irgendwas passiert? Ernst Albrecht z.B. hält die Atomenergie immer noch für die derzeit sauberste Energiequelle und will an seiner Energiepolitik festhalten.

Für die
Bevölkerung besteht jedoch
absolut kein Grund zur
Beunruhigung



2

Tschernobyl hat die Richtigkeit des Beschlusses des Essener Bundesparteitages der SPD nach einem allmählichen Ausstieg aus der Atomenergie auf bittere Weise bestätigt. Nun müssen rasch und ohne Zögern politische Konsequenzen gezogen werden, der Parteibeschluss muß beschleunigt umgesetzt werden.



Kleine Strahlenkunde

Deshalb fordern wir:

1. Ausstieg aus der Atomenergie

- bis 1990 schrittweises Abschalten aller AKWs; die Abschaltung soll bei den alten AKWs beginnen (sofortige Stilllegung: AKW Stade);
- bis 1995: Endlagerung aller Brennstäbe;
- keine weitere Inbetriebnahme, keine weiteren Fertigstellungen und keine neue Planung von AKWs.

2. Kein Einstieg in die Plutonium-Wirtschaft

- der Schnelle Brüter in Kalkar darf nicht fertiggestellt und in Betrieb genommen werden;
- die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf wird nicht gebaut.

3. Ausbau der nicht-atomaren Energie-Gewinnung

- Modernisierung der vorhandenen herkömmlichen Kohlekraftwerke;
- Förderung und Forcierung der Entwicklung alternativer, regenerierbarer Energiequellen (Sonne, Wasser, Wind).

4. Energieeinsparung in Industrie und Privathaushalten durch staatliche Programme.

Für die Stadt Hannover fordern wir:

1. Kein Atomstrom für Hannover

Die Stadtwerke Hannover dürfen keinen Atomstrom der PREAG aus dem Verbundnetz mehr abnehmen.

2. Energetische Unabhängigkeit

Die Stadt Hannover muß in einem mittelfristigen Plan schrittweise befähigt werden, sich ihre Energie selbst zu produzieren.

3. Ausstieg beim Versuchsreaktor

Die Stadtwerke geben ihr 8,32 % -Beteiligung an der Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor (AVR) GmbH in Düsseldorf auf.

4. Verbessertes Katastrophenschutz

Die Stadt muß einen eigenen Katastrophenschutzplan für atomare Unfälle erarbeiten.

Zur allgemeinen Feststellung der Häufigkeit radioaktiver Zerfälle dient das **Bequerel (Bq)**. Es gibt die Anzahl der Zerfälle pro m³ Luft, m² Fläche oder kg des untersuchten Materials an: 1 Bq = 1 Zerfall pro Sekunde und m³ (m², kg). Diese Einheit gibt keine Auskunft über die relative biologische Wirksamkeit (RBW), d.h. die Gefährdung, die durch den radioaktiven Zerfall für einen Organismus entsteht. Die RBW ist je nach Strahlungsart verschieden. Zur Beurteilung der Schädigung eines Körpers durch radioaktive Strahlung hat man eine besondere, der Schädigung angepaßte Maßeinheit eingeführt: das **rem**. Man unterscheidet drei Arten von radioaktiver Strahlung, die beim Zerfall von radioaktiven Isotopen entsteht. Isotope sind Atomarten eines Elementes mit unterschiedlichem Atomgewicht. Der Kern radioaktiver Isotope ist aufgrund seiner Zusammensetzung instabil und versucht, durch die Aussendung von Teilchen einen stabilen Zustand zu erreichen. Alpha-Strahler senden einen doppelt positiv geladenen Heliumkern aus (Alpha-Teilchen). Beim Beta-Zerfall wird ein Elektron abgegeben. Bei vielen Zerfällen treten gleichzeitig auch Gamma-Strahlen auf. Die **Halbwertszeit** eines radioaktiven Materials gibt den Zeitraum an, in dem die Hälfte der radioaktiven Teilchen zerfallen ist. Nach zwei Halbwertszeiten beträgt die Radioaktivität noch ein Viertel der Ausgangsstrahlung. Nach zehn Halbwertszeiten ist noch immer ein Promille der ursprünglichen Radioaktivität vorhanden. Viele Radio-Isotope sind so instabil, daß sie in einigen Sekunden oder Stunden zu stabilen, nichtstrahlenden Atomen zerfallen. Einige der bei dem Reaktorunglück freigewordenen Isotope besitzen eine Halbwertszeit von Tagen (z.B. Jod-131: 8 Tage), Jahre (Cäsium-137, Strontium-90: ca. 30 Jahre) oder Jahrtausende (Jod-129: ca. 16 Millionen Jahre). Über die Langzeitwirkung dieser Isotope im menschlichen Körper ist noch wenig bekannt.

Jeder Mensch ist natürlicher und künstlicher radioaktiver Strahlung ausgesetzt. Die Belastung durch natürliche Strahlung beträgt ca. 110 Millirem pro Jahr. Dazu addieren sich jährlich 50 Millirem aus medizinischen Quellen sowie 10 Millirem aus kerntechnischen Anlagen, Forschungsinstituten und oberirdischen Atomtests. Diese **Jahresbelastung** von etwa 200 Millirem wird nun durch die zusätzliche Belastung aus dem Reaktorunglück von Tschernobyl erhöht.

Diese Belastung liegt wahrscheinlich weit unter dem Wert von 5 rem = 5000 Millirem, der als jährliche Maximaldosis für beruflich mit radioaktiver Strahlung in Berührung kommende Personen festgelegt ist. Als Obergrenze für die zusätzliche Belastung der Gesamtbevölkerung gelten allerdings 30 Millirem pro Jahr.

Der Begriff Grenzwert bedeutet nicht, daß eine geringere Strahlendosis ungefährlich ist. Vielmehr meint man, Strahlung bis zu dieser Grenze um bestimmter Ziele willen tolerieren zu können. Einen unteren Grenzwert für die durch Radioaktivität entstehende Gefährdung gibt es nicht. Jede Erhöhung der Belastung bedeutet auch eine Erhöhung der Wahrscheinlichkeit, an Spätschäden der Strahlung zu erkranken. Dabei ist es bedeutungslos, ob die Strahlung natürlicher oder künstlicher Herkunft ist.

Wissenschaftler schätzen, daß bei einer zusätzlichen Belastung von 1 rem zwischen 100 und 3000 Menschen pro 1 Million zusätzlich an Krebs sterben werden. Die Wahrscheinlichkeit, an Krebs zu sterben, liegt in den westlichen Industrieländern bei 16 - 18 %. Die Wahrscheinlichkeit, von Spätschäden dieses Reaktorunglücks betroffen zu werden, ist statistisch gesehen gering. Die in 15 - 30 Jahren zu erwartenden zusätzlichen Krebstoten werden innerhalb der Schwankungsbreite der Statistik liegen und kaum nachzuweisen sein.

Das ist für die Opfer kein Trost.

... die nächsten Nachrichten vernehmen Sie um 20 Uhr.



P. Hüllicke

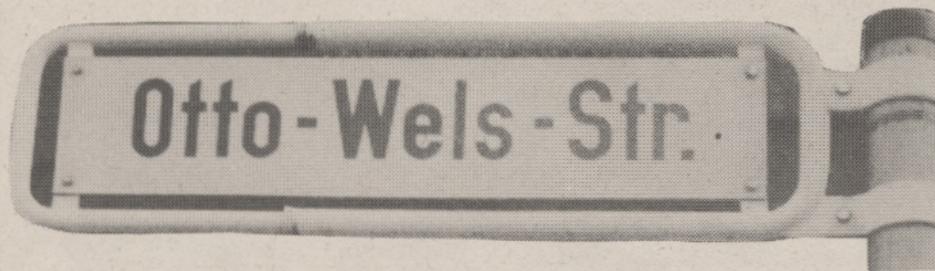
Lese-Tips:

"Der Fischer-Öko-Almanach". (Fischer alternativ) Hrsg.: Gerd Michelsen, Frankfurt: Fischer TBV 1984. (476 S., DM 14,80)

"Politische Ökologie", von Holger Stroh, (rororo-Sachbuch), Hamburg: Rowohlt 1981. (398 S., ca. 12,80 DM)

"SPIEGEL"-Hefte 1986/19 und 20.

Straßen in unserem Stadtteil



Die heutige Otto-Wels-Straße war bis vor wenigen Jahren noch der westliche Abschnitt der Elisenstraße in Linden-Nord. Die Umbenennung war erforderlich geworden, nachdem die Elisenstraße durch den Bau des Altenzentrums Werner-Blumenberg-Haus in zwei Hälften getrennt wurde. Während der untere Teil der Straße seinen Namen Elisenstraße behielt, wurde der obere in Otto-Wels-Straße umbenannt.

Otto-Wels war der letzte Fraktionsvorsitzende der SPD im Reichstag bis 1933 und gleichzeitig Parteivorsitzender. Er war 1873 in Berlin geboren. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte er das Tapezierer-Handwerk, wo-

runter seinerzeit die Arbeit des Polsterers und Innendekorateurs verstanden wurde. Früh engagierte er sich in der SPD und Gewerkschaftsbewegung. 1912 wurde er in den Reichstag gewählt und 1913 gelangte er erstmals als Beisitzer in den Parteivorstand. Nach der Wahl Friedrich Eberts 1919 zum ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik wurde er sein Nachfolger als SPD-Vorsitzender.

In der Erinnerung lebt Otto-Wels vor allem durch seine mutige Rede in der Reichstagsitzung vom 23. März 1933 fort, in der er unbeirrt durch die Drohungen der Nationalsozialisten die Ableh-

nung des Ermächtigungsgesetzes namens der deutschen Sozialdemokratie vortrug. Die SPD stimmte damals als einzige Partei - die Kommunisten hatte man schon verhaftet - gegen dieses Gesetz, durch das die Nazi-Diktatur legalisiert wurde und Hitler ohne Beteiligung des Reichstages und des Reichsrates Gesetze erlassen konnte.

Otto-Wels hat das Ende des Nationalsozialismus nicht mehr erlebt. Im Mai 1933 emigrierte er mit Teilen des Parteivorstandes zuerst nach Prag und 1938 nach Paris. Bis zu seinem Tod am 16. September 1939 organisierte er Widerstandsaktionen und leitete die Exil-SPD.

Am Samstag, den 7. Juni 1986, um 10 Uhr wird die 23. Abteilung mit unserem Landtagsabgeordneten Werner Holtfort an der Ecke Kötnerholzweg/Otto-Wels-Straße eine Ehrentafel enthüllen.



Wir gratulieren

Es wurden bzw. werden:

75 Jahre

- ★ Luise Thaler am 6.4.1986
- ★ Karl Riemann am 16.4.1986
- ★ Werner Rohrer am 18.5.1986

80 Jahre

- ★ Luise Kuhlemann am 25.4.1986
- ★ Friedrich Sander am 28.5.1986

85 Jahre

- ★ Elisabeth Lüdiger am 24.5.1986
- ★ Adolf Bode am 30.6.1986

90 Jahre

- ★ Auguste Reddersen am 3.4.1986

95 Jahre

- ★ Helene Barth am 23.4.1986

★ Wir wünschen Glück und Gesundheit
★ und noch viele schöne Jahre!

SPD

für Sozialismus und
Demokratie